



Inhalt

- Die Sache mit dem Dummheits-Gen, der Plan von Sarrazin zur Rettung wertvoller deutscher Volkssubstanz und warum Politiker ihn nicht kritisieren können
- Götz Werners bedingungsloses Grundeinkommen gegen Armut und Arbeitslosigkeit - Sorgen um den rechten Geist des Kapitalismus
- "Arbeit muss sich wieder lohnen!" Nach 5 Jahren Hartz IV - Neuer Reformbedarf auf dem Weg Deutschlands in das Ausbeutungsparadies "Billiglohnland"
- "Kirgisen gegen Usbeken" - Mörderisches Volk?
- "A threatened way of life" oder: Eine Ölkatastrophe als Systemfrage
- Afghanistankonferenz in London - Wie vor dem Ausstieg aus dem Krieg noch ein Sieg eingefahren werden soll
- Kritik der VWL - Die Soziale Marktwirtschaft und die "gesellschaftlich erwünschte" Armut
- Das Stichwort: Der Steurzahler - Ideologie vom Bürger als Auftraggeber staatlichen Handelns
- "Gesundes Volksempfinden" - Stichwort: Gerechtigkeit

[p]olitische Gruppe

Diese und weitere Hefte im Internet kostenlos lesen oder bestellen unter:

<http://pg.blogsport.de>



Inhalt

.....
.....

Texte

Der Fall Guttenberg: Geistiges Eigentum oder
der Unfug der Privatisierung von Erkenntnis.....Seite 3

Sabine Czernys Buch "*Was wir unseren Kindern
in der Schule antun: ... und wie wir das ändern können*"
rezensiert von Freerk Huisken.....Seite 9

Laufzeitverlängerung für AKWs?:
Der Ausstieg aus dem "Einstieg in den Ausstieg
aus der Atomtechnologie".....Seite 18

Diskussionsreihe

Das kapitalistische Verhältnis von Arbeit und Reichtum
29.03.2011, 19:00 Uhr, (1. Termin)
DGB-Jugendbüro "Filler", Schillerstr. 44, Erfurt.....Seite 24

Vortrag und Diskussion

Der Fall Guttenberg - Geistiges Eigentum und
andere Unsitten der bürgerlichen Universität

Referent: Dr. Theo Wentzke (Redakteur GegenStandpunkt)

02.05.2011, 19.30 Uhr, Café DuckDich,
Allerheiligenstraße 20, Erfurt

03.05.2011. 19:30 Uhr, Universität Jena,
Carl-Zeiss-Str. 3, (genauer Raum später unter pg.blogspot.de)

3. Geld ist Kommandogewalt über fremde Arbeit – Eigentum fungiert als Kapital

Ohne Geld keine Bedürfnisbefriedigung. Daher muss jeder einen Weg finden, um an es heranzukommen. Wo Gelderwerb zum Anliegen wird, macht sich ein Unterschied der Gesellschaftsmitglieder ganz entscheidend geltend: ob einer bereits Geld hat oder nicht. Wer nicht so viel hat, dass er damit seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, dem bleibt nichts anderes übrig, als für jemand zu arbeiten, der ihm dafür Geld zahlt: Er wird Arbeitnehmer.

Der Arbeitnehmer muss jemanden finden, der über so viel Geld verfügt, dass er es nicht selbst verbraucht, sondern es einsetzen kann, um daraus mehr zu machen: einen Arbeitgeber.

Einen Lohn zahlt der Arbeitgeber nur, wenn sich die Arbeit die der Arbeitnehmer verrichtet lohnt, d.h. das Eigentum des Ersteren vermehrt. Für den Arbeitnehmer heißt das, dass er - und damit sein Lebensunterhalt - davon abhängt, dass er mit seiner Arbeit fremden Reichtum schafft. Wegen der Not zur Bestreitung seines Lebensunterhalts hat er keine Wahl, er muss es.

Für Leute ohne Eigentum ist also in der Marktwirtschaft Arbeiten zwar das einzige Erwerbsmittel, über das sie verfügen; es ist aber genau genommen gar nicht ihr Mittel, sondern wird dazu nur, soweit und solange ein Betriebseigener die fremde Arbeit für sich, als sein Erwerbsmittel zu nutzen versteht.

An der Größe des Eigentums scheiden sich also zwei unterschiedliche gesellschaftliche Charaktere: Die einen arbeiten und produzieren damit fremdes Eigentum und von diesem Dienst am fremden Eigentum sind sie abhängig – die anderen haben Eigentum und lassen arbeiten, um ihr Eigentum zu vermehren.

Soweit als Auftakt zur Diskussion des kapitalistischen Verhältnisses von Arbeit und Reichtum die ersten drei von zehn Thesen, die wir am

**Dienstag, den 29.03.2011, um
19:00 Uhr im
DGB-Jugendbüro "Filler" in
Erfurt**

zum Thema machen wollen.

Wer zu diesem Datum verhindert ist, den laden wir herzlich dazu ein, an einem der Folgetermine (12.04., 19:00) in die Diskussion einzusteigen. Wie immer sind uns auch schriftliche Beiträge - Fragen, Kommentare und Kritik - willkommen. Dazu:

pg.blogspot.de bzw. politische.gruppe@gmail.com

10 Thesen zu Arbeit und Reichtum (Teil 1)

1. Der Reichtum im Kapitalismus existiert als Eigentum. Eigentum bedeutet Ausschluss von den Gütern des Bedarfs

Alles, was man so braucht, gibt es in unserer Gesellschaft. Man muss es nur kaufen. Es ist immer schon das Eigentum von jemand anderem; jeder andere ist von dem Gebrauch desselben ausgeschlossen. Eigentum ist also die ausschließende Verfügungsmacht einer Person über die Gegenstände des Bedarfs – es scheidet grundlegend zwischen den Produkten und denjenigen, die sie benötigen.

In einer Gesellschaft von Eigentümern, in der alles Produzierte einem Eigentümer zugeschlagen und dem Rest der Gesellschaft entzogen ist, wird nicht produziert, um die Gesellschaftsmitglieder mit dem Benötigten und Erwünschten zu versorgen. Die Verfügung, um die hierzulande geht, buchstabiert sich nicht als Gebrauch, sondern als Ausschluss - ein gesellschaftliches Gewaltverhältnis.

Gewalt als Mittel der Ökonomie ist damit nichts Historisches und längst Überholtes, sondern Gewalt ist dieser Sorte Reichtum immanent, täglich hergestellt und aufrechterhalten durch die staatliche Garantie des Privateigentums. Letztere sorgt dafür, dass das ausschließende Verfügungsrecht des Eigentümers respektiert wird und dieser Respekt die Grundvoraussetzung für alle Bemühungen wird, den Ausschluss zu überwinden und an die Gegenstände des eigenen Bedarfes heranzukommen.

2. Eigentum ist als Geld Zweck der gesellschaftlichen Produktion

Es wird in unserer Gesellschaft für den Verkauf produziert. Hergestellt werden die Produkte nur, um Leuten zu gehören, die sie nicht selber brauchen und brauchen wollen. Die ausschließende Verfügungsmacht soll gar nicht an den Produkten hängen bleiben, sondern soll zu Geld werden, zu abstrakter Zugriffsmacht, Zugriffsmacht schlechthin. Dafür ist die Trennung zwischen Produkt und Bedürftigen nützlich – und nur so macht sie Sinn: der unbefriedigte Bedarf der vom Eigentum Ausgeschlossenen ist der Hebel, das Eigentum mittels Verkauf in Geld zu verwandeln. Der Nutzen des Eigentums besteht also gar nicht in seinem konsumierenden Gebrauch, sondern im Geld. Umgekehrt kommt man nur an Sachen ran, wenn man sie kauft. Geld ist Zugriffsmittel auf den gesellschaftlichen Reichtum; es entscheidet sich somit jeglicher Nutzen am Verfügen über Geld.

Jeder muss daher nolens volens zusehen, dass er an Geld kommt. Wenn der gesellschaftlich gültige Reichtum in Geld besteht, dann besteht auch der Nutzen der Arbeit nicht schlicht im Produkt, das sie zustande bringt, sondern in dem durch sie zu verdienenden Geld. Produktion von Geldeigentum ist also der Zweck der kapitalistischen Güterproduktion. Dessen Vermehrung ist wegen der Qualität des Geldes - Zugriffsmacht abstrakt zu sein - maßlos, weswegen Arbeit zur Geldvermehrung nie genug stattfinden kann.

Der Fall Guttenberg: Geistiges Eigentum oder der Unfug der Privatisierung von Erkenntnis

Wer von den Kritikern und Spöttern, die sich über die Plagiate in der von K.F. von Guttenberg vorgelegten Dissertation hermachen, weiß eigentlich wie die Arbeit betitelt ist? Wer kennt die Thematik, wer hat zwecks inhaltlicher Auseinandersetzung einen Blick in die leicht per Internet zugängliche Doktorarbeit geworfen? Und wer von denen hat sich die Mühe gemacht, den Thesen dieser Arbeit die Ehre anzutun, sie einmal auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen?

Natürlich sind das rhetorische Fragen. Wer auf Plagiatssuche ist, wer fehlenden An- und Ausführungszeichen, unterlassenen Fußnoten mit Quellenangaben auf der Spur ist, muss das nicht. Dem geht es um etwas anderes als um die Frage, inwieweit die vom Verteidigungsminister abgelieferte Arbeit neue und zutreffende Erkenntnisse geliefert hat. Der prüft vielmehr, ob sie auch den „strengen Standards wissenschaftlichen Arbeitens“ entspricht. Und zu denen gehört nun einmal der Unfug mit dem geistigen Eigentum. Doch was ändert es eigentlich an einem zu Papier gebrachten Urteil über einen verfassungsrechtlichen oder sonstigen Sachverhalt, wenn es aus einer Mischung von Selbsterdachtem und bereits publizierten Gedanken besteht – und zwar ohne dass der Erstdenker des übernommenen Gedankengebäudes genannt worden und die Quelle minutiös nachgewiesen worden ist? Am inhalt-

lichen Urteil ändert das nichts. Es kann wahr oder falsch sein. Mit der Angabe der Quelle oder ihrer Unterlassung wird ja der Gehalt der übernommenen Passage sachlich gar nicht verändert. Überdies kommt kein Schreiberling um die Beantwortung der Frage herum, ob eine Textstelle, auf die er sich berufen will, wenigstens so weit stimmig ist, dass sie zum eigenen Argumentationsgang passt. Davon kann keine Quellenangabe entbinden. Die Differenz zwischen denken und nachdenken, d.h. die Gedanken anderer zu überprüfen, hebt sich auf; der Fremdtext ist wie jeder eigene Gedanken zu prüfen. Es kommt nur darauf an, dass sie stimmen – sollte man wenigstens meinen.

Doch mit den im akademischen Wissenschaftsbetrieb brutal eingeforderten Zitataufweisen und Quellenangaben, ändert sich schon etwas*. In der Zuordnung von Gedanken zu seinem jeweiligen Erstschröpfer, der Wissenschaftlerper-

*) Studierende, die in ihren wissenschaftlichen Arbeiten Passagen nicht „belegt“ haben, werden von ihren Professoren nicht selten mit der Frage konfrontiert, woher sie denn diese Gedanken hätten. Der Hinweis, sie hätten sich erlaubt, einmal selbst nachzudenken, wird als unwissenschaftlich zurückgewiesen. So etwas steht Studierenden nicht zu. Man denke diese geforderte geistige Entmündigung einmal zu Ende: Wenn ein Gedanke nur gelten würde, wenn er sich über zuvor bereits Gedachtes abgesichert hat, dann würden schwerlich neue Gedanken auf die Welt kommen können.

son äußert sich die Personalisierung und Privatisierung von Erkenntnis. Dies hat Konsequenzen: An die Stelle der Prüfung von wissenschaftlichen Urteilen tritt dann schon mal der Autoritätsbeweis. Da werden Kant und Habermas, Hegel und Popper, Keynes, M. Weber und andere sogenannte Giganten des Geisteslebens weniger deswegen zitiert, weil ihre Theorien jeder kritischen Überprüfung standhalten würden und sich deswegen auf ihnen aufbauen ließe. Sie als Quelle zu benennen soll den Schreiber vielmehr als jemanden ausweisen, der die gültigen Geistesgrößen studiert hat, und der bereits darüber den Bonus kassieren kann, im Fahrwasser dieser wissenschaftlichen Riesen, mithin auf richtigem Kurs zu segeln. Da ersetzt dann der gute Name so eines Wissenschaftlers die Prüfung seiner theoretischen Absonderungen.

Das bedeutet umgekehrt, dass sich derjenige, der als erster eine bestimmte These publiziert hat, als ihr Erfinder rühmen darf. An ihm hängt sie ein für alle mal dran, mit seinem Namen ist sie verbunden, von der Größe seiner Person zeugt sie – wenn sie etwas gilt. Und wer sie nach ihm benutzt, hat das Copyright des Erstverfassers zu beachten, ihm als Urheber einer Theorie die entsprechende Referenz zu erweisen. Darauf hat er ein Recht. Und das kann er sogar einklagen. Erkenntnis wird auf diese Weise mit Hilfe der staatlichen Rechtsprechung wie ein Eigentum seines Autors behandelt. Die Erkenntnis darf zwar - wenigstens im Bereich der Geisteswissenschaften - benutzt, sozusagen ausgeliehen werden, sie „gehört“ aber

weiterhin dem Erstermittler. Deswegen können Plagiate, also nicht mit dem Hinweis auf die Quellperson gekennzeichnete Textpassagen auch Strafen nach sich ziehen: die Aberkennung des akademischen Titels oder für den Fall, dass ein Eid gebrochen worden ist, sogar Haftstrafen.

Verlangt ist in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften also etwas anderes als offenen Fragen aus dem Bereich von Politik und Ökonomie, Recht und Familie, Staatsformen und Rassismus etc. mit der Absicht nachzugehen, sie einer zutreffenden Klärung zuzuführen und damit das richtige Wissen über Gesellschaft zu erweitern. Da ist zum einen der Kotau vor den Großen der jeweiligen Disziplin verlangt. Ihnen hat man durch ausgewiesene Bezugnahme auf ihr Werk zu huldigen. Das darf durchaus auch schon einmal kritisch ausfallen, wobei die Grenzen des wissenschaftlichen Pluralismus und seine Logik - „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“ – zu beachten sind. Zum anderen kommt es gerade umgekehrt auf Originalität im Wissenschaftsbetrieb an. Verlangt werden gerade von Dissertationen neben allen Devotionalien mutige, von Kreativität zeugende neue Hypothesen, Ansätze und Modelle, die ohnehin niemand im akademischen Reich mit richtigen Gedanken verwechselt. Aber genau deswegen bedarf es der albernsten Prüfung, inwieweit ein formulierter Gedanke nicht bereits einen Eigentümer hat, der unbedingt benannt werden muss.

Dass diese Prüfung mit einem nicht unerheblichen Aufwand verbunden ist – des-

Es mag ja sein, daß sich alle Welt an diese Verrücktheit gewöhnt hat und sie normal findet - immerhin, auch die kündigungsten Experten und mächtigsten Verwalter dieses "Systems" kommen leicht ins Schleudern, wenn sie Auskunft geben sollen, ob nun eigentlich zuwenig gearbeitet wird, wenn 4 Millionen Arbeitslose in der Nation, 30 Millionen in der EU und zahllose Millionen auf dem Globus herumlungern, oder ob nicht doch noch zuviel gearbeitet wird, wenn die reine "wirtschaftliche Vernunft" die Schließung der letzten Werften an der Nordsee und am Mittelmeer gebietet und solange die Zechen im Ruhrgebiet nur mit Milliardensubventionen weiterarbeiten. Tatsächlich scheint eben beides zugleich vorzuliegen: zuwenig, weil es beim Arbeiten doch um immer mehr Geld geht und dafür nie genug geschehen kann; zuviel, weil es beim Arbeiten doch um immer mehr Geldvermehrung geht und vor dieser Zwecksetzung viel Arbeit, die es gerade noch gebracht hat, versagt. Es hilft ja nichts, daß es "nun einmal" so ist - es ist, höflich gesprochen, ein wenig widersprüchlich, dieses "System" der rentablen Arbeit.

Keine Frage: Staat und Unternehmen können damit prächtig leben - sie organisieren die Arbeit ja so und profitieren von ihrer Rentabilität. Den systemeigenen Widerspruch, dass erstens unbedingt gearbeitet werden muss und deswegen zweitens nur sehr bedingt, für Gelderträge nämlich in der einen wie in der anderen Hinsicht, das machen sie zu einem Problem derer, die als ausübendes Personal erstens unbedingt Arbeit brauchen und zweitens ganz oft keine finden; und dann definieren sie

die materiellen Probleme, die die Leute haben, als soziale Problemlage, die sie mit den bedürftigen Leuten haben.

Man sollte diese praktisch wirksame Übersetzungsleistung nicht auch noch theoretisch billigend nachvollziehen und, vom Elend gerührt, die Lüge vom sozialen Problem für die Sache nehmen - und dann womöglich noch darüber jammern und nach Schuldigen dafür suchen, daß diesem "Problem" durch all die eifrig diskutierten, probierten und wieder aufgegebenen "Bündnisse für Arbeit" ohnehin nie beizukommen ist. Genausowenig empfiehlt es sich, das Kriterium der Rentabilität als Inbegriff wirtschaftlicher Vernunft zu quittieren und mit den Bedenklichkeiten erst anzufangen, wenn die öffentliche Meinung sich entschließt, seine "Schattenseiten" zur Kenntnis zu nehmen. **Die Absurdität des "Systems", der Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, daß Arbeit nicht stattfindet, wenn sie nicht rentabel ist, sondern daß sie stattfindet, weil es um Rentabilität geht. Seine soziale Gemeinheit beginnt nicht damit, daß die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden, sondern besteht schon darin, daß sie Arbeit brauchen; daß sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden, folgt daraus von ganz allein.**

Die Bedingungen, denen die Marktwirtschaft die Arbeit unterwirft, enthalten die wesentlichen Bestimmungen dieses Produktionsverhältnisses. Sie sich klarzumachen, schafft garantiert keine Arbeitsplätze. Dafür, dass es sich dennoch lohnt, sollen die folgenden Thesen werben...

Diskussionsreihe

zum kapitalistischen Verhältnis von

Arbeit und Reichtum

1. Termin: 29.03.2011, 19:00 Uhr, "Filler", Schillerstr. 44, Erfurt

Alle brauchen Arbeit - viele finden keine. Man kann das - und befindet sich dann in bester Gesellschaft - für ein soziales Problem halten und sich vorstellen, staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Senkung der Lohnnebenkosten, eine Streichung der Vermögenssteuer und die Umverteilung des "knappen Guts" Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung wären die passende Antwort. Über eine gewisse Absurdität muß man sich dabei allerdings schon hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr soviel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist - warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit, und auch noch so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht? Es liegt eben doch noch etwas anderes vor als eine "soziale Problemlage"; und jeder weiß auch was: Daß so viele Leute keine Arbeit finden, liegt an einem ökonomischen Problem. Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, d.h. wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend einbringt; nicht genug Ertrag nämlich, um in der Konkurrenz, der "globalen", zu bestehen. Wenn das aber so ist; wenn Arbeit nur stattfindet, wenn und solange sie rentabel ist; dann findet sie auch nur deswegen statt, weil sie einem Unternehmen Gelderträ-

ge verschafft: Rentabilität ist der ökonomische Zweck, für den sie stattfindet. Es soll gearbeitet werden weil Arbeit sich rentiert; mit keinem anderen Ziel als dem nie abschließend zu erledigenden Auftrag, rentabel zu sein und Geld einzubringen; deswegen auch je mehr, um so besser - am liebsten möchte man die ganze Welt versorgen, den Chinesen U-Bahnen bauen und die Ölscheichtümer mit Klimaanlage ausstatten, um mit der geleisteten Arbeit die Kaufkraft der Menschheit zu monopolisieren. Arbeit, weil sie Geld bringt: dieser kategorische Imperativ beherrscht die herrschenden Verhältnisse so total, daß alle Zeitgenossen ihm folgen müssen, um leben zu können, und - egal welche: - Arbeit brauchen. Und diesem Grund unterbleibt sie dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt; was offenbar gerade mit den Rentabilitätsfortschritten bei der Anwendung von Arbeit immer häufiger der Fall ist. Die ökonomische Zielsetzung, die in der sogenannten Marktwirtschaft total und exklusiv bestimmend ist, gerät ist offenkundig mit sich selbst in Widerspruch: Da ist die Menschheit dem Zwang unterworfen zu arbeiten, weil Arbeit Wert schafft und Unternehmen bereichert; und kaum kommt dieser Zirkus in Schwung, kollidiert er mit seinem eigenen Kriterium: dem Zwang, immer mehr Wert zu schaffen.

wegen ist von „strengen Standards“ die Rede – liegt daran, dass wissenschaftliche Erkenntnis, sei sie richtig oder falsch, ein geistiges und kein materielles Ding ist. Gegenständliche Güter – etwa ein Fahrrad, die Stereoanlage oder eine PC – lassen sich eben zu einer Zeit immer nur von einer Person benutzen. Dass der jeweilige Benutzer hierzulande der Eigentümer zu sein hat, liegt allerdings nicht an der materiellen Qualität von Gebrauchsgegenständen. Die rechtliche Absicherung einer Verfügung über Produkte, die andere solange von ihrem Gebrauch ausschließt, bis sie die (Geld-)Interessen des Eigentümers bedienen, ist die Absicherung eines ganzen Produktionsverhältnisses, in welchem Produkte überhaupt nur als Waren das Licht der Welt erblicken. Deswegen ist in der hübschen Marktwirtschaft die Benutzung jedes materiellen Guts an Eigentumsübertrag gebunden: Allen Interessenten, die einzig als personifizierte Kaufkraft zählen – egal ob sie das nötige Geld überhaupt haben und egal, wie schwer ihnen dessen Verdienen auch fällt –, wird die Benutzung erst gestattet nachdem sie dem Eigentümer den von ihm geforderten Preis entrichtet haben.

Bei Gedanken verhält es sich anders: Sie sind – einmal publiziert – allgemein zugänglich, und verwendbar. Da bedarf es nicht des Händewechsels, um sich seiner zu bedienen. Diese Zeilen etwa kann sich der Leser aneignen, ohne dass ihr theoretischer Gehalt dadurch aus des Autors geistigen Arsenal verschwände; nicht einmal blechen muss er dafür! Geistiges Gut kann eben im Unterschied zu materi-

ellen Gütern zur gleichen Zeit von vielen angeeignet und verarbeitet werden, weil es beliebig zu vervielfältigen ist. Mit der Etablierung von geistigem Eigentum wird dieser immense Vorteil geistiger Güter zu ihrem Nachteil erklärt. Und Erkenntnis, die einmal ersonnen überall und zu jeder Zeit und von jedermann anzueignen und zu benutzen ist, ohne dass sie damit dem ursprünglichen Entdecker verloren geht, wird rechtlich in den ökonomischen Kategorien des gegenständlichen Eigentums gefasst. So absurd und so skandalös das ist – ihrer Natur nach allgemeine Erkenntnis wird so seiner allgemeinen und damit allgemein nützlichen Natur beraubt –, so hat es doch seine kapitalistische Räson. Die wird besonders in den Naturwissenschaften deutlich, aber eben nicht nur dort.

Beim Dr.-Titel, dem Staatsexamen oder jedem anderen universitären Grad handelt es sich in erster Linie um Mittel in der und für die akademische(n) Konkurrenz. Nur deswegen wird aus der nicht gekennzeichneten Abschrift einer Textpassage aus einem vorliegenden Werk, die dem „Plagiator“ vielleicht nur schlicht eingeleuchtet hat, ein Vergehen, ein unzulässiger Konkurrenzvorteil, der mit Rückstufung in der Konkurrenz oder gar Ausschluss aus ihr geahndet gehört. Der Ruf des Abschreibers ist auf jeden Fall ruiniert. Was dem sachlichen Gehalt nach gar nicht vom Selbsterdachtetem zu unterscheiden ist, wird dann per besonderer Fahndung nach sprachlicher und stilistischer Übereinstimmung von Textpassagen als Diebstahl ermittelt – das geht nicht anders, denn dem ursprünglichen Verfasser ist ja durch

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

1-11

Das Finanzkapital

IV. Das internationale Finanzgeschäft
und die Konkurrenz der Nationen

Volksaufstand in Ägypten

Viel Aufruhr – für nichts als einen Antrag auf bessere Herrschaft,
den das Militär erhört

Die bürgerliche Öffentlichkeit und ihre modernen Wurmfortsätze

WikiLeaks und die anderen – Herrschaft einfach weginformiert

„Der Kampf um die Seltenen Erden“
und andere strategische Metalle

Imperialistische Rohstoffsicherung

Obamas Nahost-Politik: Bewährungsprobe für die amerikanisch-israelische Allianz · Demokratisches Auslandsjournal ·
Spendierhosen für gewerkschaftliche Zurückhaltung beim Lohn ·
Zwei Bild-Reporter landen im iranischen Knast – und in Bild auf
Seite eins! · Die Wahloffensive der GRÜNEN im Wahljahr 2011
– Deutschland besser regieren mit der „Gemeinwohlpartei“;
Politökonomisch „nachhaltiger“ – demokratisch „engagierter“
· Neujahrsansprache 2011: So mag Merkel ihr Volk · Terror-
anschlag am Moskauer Flughafen · Leserbrief: „Sind die marxis-
tischen Kritiker der Moral nicht selbst die größten Moralisten?“

erhältlich in der
Buchhandlung im Hbf. Erfurt

nur für den wichtigsten „Rohstoff“ der gesamten nationalen Produktion zuständig, sondern machen selbst einen erheblichen Batzen deutschen Geschäfts aus, sind insofern ein Wachstumsmotor der deutschen Ökonomie und tragen auch mit ihren Exporten und der dadurch mit beförderten politischen Abhängigkeit anderer Standorte von deutschen Entscheidungen zur imperialistischen Position Deutschlands bei.

- Ein Kollateralnutzen des Beschlusses für die in Zeiten der Finanzkrise strapazierten Staatskassen ist natürlich auch nicht gerade unwillkommen. Von den per Staatsbeschluss zur Laufzeitverlängerung wie auf Knopfdruck wundersam herbei regierten Extra-Gewinnen der Stromindustrie kann sich der Staat ein paar Milliarden abzwicken, so dass ein Verzicht darauf wie eine unerträgliche Eselei erscheint.

Wie weiter?

Die den Beschluss begleitende Begründung „Atomkraft als Brückentechnologie“ ist eine wohlfeile Lüge der Merkelregierung. Die Laufzeitverlängerung findet natürlich nicht statt, um die Finanzierung von Windrädern u. a. zu ermöglichen. Im Gegenteil wird mit der Streckung der Atomkraftnutzung auch der Umbau in Richtung alternativer Techniken mit gebremst, auch wenn prinzipiell an ihm festgehalten wird. Zu entnehmen ist der Ideologie aber immerhin: Noch ist die Ausstiegsoption, für die sich Deutschland vorpreschend entschieden hat, auch von Schwarz-Gelb nicht aus dem Verkehr gezogen. Ob bzw. wie lange das allerdings bedeutet, dass dieses Land noch an der Idee festhält, ato-

mare Stromgewinnung endgültig durch Alternativen zu ersetzen, oder ob die jetzige Laufzeitverlängerung nur der nötige Zwischenschritt dazu ist, in ein paar Jahren dann den Neubau von modernen Atommeilern zu verkünden, wird die Berliner Regierung ihren Bürgern schon rechtzeitig in gesetzten Worten mitteilen; und auch, dass es dabei wie immer nur darum geht, dass bei uns „die Lichter nicht ausgehen“ und welche enorme Rolle der Schutz der Leute vor Risiken dabei spielt. Unserer Erfahrung nach könnte es auch und gerade ein grüner Politiker sein, der diesen Übergang dem Publikum besonders glaubwürdig verdolmetscht (vielleicht sogar einer, der mit dem Protest gegen den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ ans Ruder gekommen ist).

P.S: Dass die Ausstiegsregelung von damals kein Stopp für Atomkraft in Deutschland war; dass „der Einstieg in den Ausstieg“ vielmehr die verlogene Art und Weise war, wie ein Weiterbetrieb der AKWs sichergestellt und die Proteste der Anti-AKW-Bewegung ausgerechnet von der aus ihr hervorgegangenen grünen Partei befriedet wurden - das haben seinerzeit durchaus viele Gegner bemerkt. Heute protestieren Unzufriedene mehrheitlich für die Weiterexistenz dieses Beschlusses - und machen damit an einer weiteren Front deutlich, dass der Glaube an die „eigentlich“ guten Absichten der Politik vor allem dazu führt, dass die Kritiker ewig den Fortschritten ihrer Politiker hinterherlaufen.

PPS: Der aktuellen Entwicklungen nach den AKW-Explosionen in Japan widmen wir demnächst einen eigenen Vortrag.

Möglichkeiten für eine vergleichsweise billige Grundversorgung des nationalen Strombedarfs noch nicht weit genug gediehen ist -, zu einer Neuentdeckung der Nützlichkeit von Atomstrom.

• Ergänzt wird der letzte Punkt dadurch, dass die deutsche Spekulation auf schnelle Konkurrenzenerfolge bei der Einführung regenerativer Energien zuletzt einen empfindlichen Rückschlag erlitten hat. Erstens ist die in der Aufbauphase einsetzende

Lesetipp:

GEGENSTANDPUNKT Politische Vierteljahresschrift **1-10**

Weltklimagipfel „gescheitert“

Der Kampf der Nationen um die globale Energiewende, ihre Erträge und ihre Geschäftsordnung wird grundsätzlich

„Hopenhagen“ und die Enttäuschung: Klimafragen sind Energiefragen

*

Das „CO₂-Problem“ und die Konkurrenz der Staaten um eine zukunftsfähige Energieversorgung

*

Der Stand der Konkurrenz beim „grünen New Deal“

*

Kopenhagen: Der Streit um die Geschäftsordnung der neuen Energiekonkurrenz

Artikel lesen unter:

<http://gegenstandspunkt.com/gs/10/1/gs20101125h1.html>

Verteuerung von Strom durch die Umstellung auf neue Gewinnungstechniken nur dann kein Schaden für eine hier vorgehende Nation, wenn andere Nationen in ähnlichem Tempo nachziehen; der Versuch Deutschlands (und Resteuropas), hier anderen im Namen des Klimas feste Vereinbarungen aufzunötigen (CO₂-Reduktion), ist beim Klimagipfel in Kopenhagen Anfang 2010 erstmal gescheitert. Stattdessen haben die meisten Staaten inzwischen wieder die Atomkraft ins Spiel gebracht und berufen sich dabei wie zum Hohn auf deren umweltfreundliche Wirkung (keine CO₂-Emission). Und zweitens bedeutet die verlangsamte Einführung von Technologien (Solartechnik, Windräder etc.), in denen Deutschland einen Vorsprung hat, dass Deutschlands Exportmöglichkeiten und damit das gesamte deutsche Geschäft mit Energietechnologie nicht so wachsen wie vorgestellt. Andere Nationen (China) haben zudem längst angefangen, den deutschen Technologievorsprung in diesem Bereich durch eigene Anstrengungen wettzumachen.

• Unter den gegebenen Weltmarktbedingungen (relativ zu anderswo) günstige Energiepreise für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie (nicht unbedingt der Haushalte) sicherzustellen, ist also ein Hauptzweck der Energienovelle. Gleichzeitig aber, dies das zweite Anliegen, soll die Herstellung dieser „Versorgungssicherheit“ Mittel für Geschäft und Wachstum der etablierten großen deutschen Energiekonzerne sein - drunter geht es einfach nicht vom Standpunkt einer verantwortungsbewußten deutschen Regierung. Die deutschen Energieriesen sind eben nicht

die Abschrift nichts abhanden gekommen.

Wenn sich jetzt Professoren in offenen Briefen und TV-Statements um das Niveau des akademischen Betriebs sorgen, dann gilt diese ihre Sorge allein der Sicherung dieser Standards ihres Konkurrenzbetriebs. In ihren Olymp darf nur dem Einlass gewährt werden, der ihre geistige Autorität achtet und in jenen Maßen Originalität aufzuweisen hat, wie sie von einer Dissertation erwartet wird, mit der die jeweilige Disziplin „um neue Gesichtspunkte“, um einen „Beitrag zum Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis“ erweitert werden soll. Ob der da Jahr für Jahr angelieferte Geistesmüll zutreffende neue Einsichten in gesellschaftliche Phänomene einhält, steht nicht zur Debatte. Wie auch!

Für die Naturwissenschaften gilt all dies einerseits ebenfalls, andererseits schlägt hier die kapitalistische Konkurrenz mit ihrer Eigentumslogik ungleich härter zu. In der Kategorie des Patents, das durch eine ganze Rechtsabteilung definiert und geschützt wird, fasst sich der Versuch von Unternehmen zusammen, sich die Benutzung neuer, Gewinne versprechender Entdeckungen und Erfindungen ausschließlich, d.h. gegen die Konkurrenz zu sichern. Auf diese Weise werden nützliche naturwissenschaftliche Erkenntnisse – die übrigens und ganz im Gegensatz den gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsergebnissen nur dann anwendbar sind, wenn sie stimmen - um ihre allgemeine Anwendbarkeit gebracht und ganz dem Kapitalinteresse an Vermehrung von Geld durch Entwicklung neuer Produkte

und neuer Verfahren zur Steigerung der Produktivität des Unternehmens subsumiert. Der Betrieb, der als erster ein neues Antriebssystem, einen noch schnelleren Prozessor oder ähnliches auf den Markt bringt, kassiert im Verhältnis zur Konkurrenz Extraprofite, schafft damit Konkurrenzverlierer – nebst all dem, was an menschlichem Elend an der Schließung von Unternehmen hängt. Daraus ergibt sich umgekehrt, dass hierzulande keine neue naturwissenschaftliche Entdeckung praktisch nutzbar wird, wenn sich nicht ein Kapital findet, das in ihr eine neue Gewinnquelle sieht. Die Frage, ob so eine Entdeckung den Menschen nützen könnte, ihr Leben gesünder, die Arbeit leichter oder ihre Freizeit länger machen könnte, ist kein Gesichtspunkt, der das Kapital umtreibt. Und so ein Kapital findet sich nur, wenn die – wenigstens vorübergehend – exklusive Nutzung von Wissen als Patenteigentum gesichert ist. Naturwissenschaft im Kapitalismus wird nach Rechtskategorien per Staatsgewalt ganz dem Eigentum an Kapital nützlich gemacht. Und in der Fabrik werden die Produkte von Naturwissenschaft in ihrer vergegenständlichten Form als Maschinen und Automaten dafür hergenommen, immer mehr Arbeit für immer weniger Geld aus immer weniger Arbeitskräften herauszupressen. Deswegen stellen Naturerkenntnis und Technologie hierzulande keinen Segen, sondern umgekehrt in ihrer privatisierten Kapitalform einen Schaden für den einkommensabhängigen Teil der Menschheit dar.

Um all das geht es beim Plagieren. Und nichts davon wird zum Thema, wenn sich

die Menschheit einerseits um Glaubwürdigkeit ihres strahlenden Kriegsministers und andererseits um die Seriosität ihres akademischen Konkurrenzbetriebs sorgt.

PS: Guttenberg wird hier natürlich nicht verteidigt. Seine Dissertation, für die er sich inzwischen „entschuldigt“ hat, auf dessen Dr.-Zierrat er verzichtet und we-

gen dem darum veranstalteten Skandal er (vorläufig) von seinem politischem Amt zurücktrat, wollte nun wirklich nicht mit ausufernder Abpinselei die Maßstäbe des herrschenden Wissenschaftsbetriebs kritisch aufs Korn nehmen. Wie auch: War er doch oberster Chef jener nationalen Behörde, die mit Krieg am Hindukusch kapitalistisches Privateigentum und Konkurrenzwirtschaft verteidigt.



Fragen, Anregungen und Kritik an:

Politische Gruppe Erfurt/Jena

www.pg.blogsport.de

politische.gruppe@gmail.com

Dieser Ausstiegsbeschluss, der zugleich ein Beschluss zum jahrzehntelangen Weiterbetrieb der Atommeiler war und jede Menge interessanter (auch neuer) Freiheiten für die Atomkonzerne und deren Profitkalkulation mit sich brachte, wurde nicht zufällig im „Konsens“ mit diesen gefällt – RWE und Konsorten erhielten eine schöne Entschädigung für den Verzicht auf Neubauten, die sie zu diesem Zeitpunkt eh nicht in der Pipeline hatten. Die energiepolitischen Ziele von Politik und Wirtschaft waren also mit dem „Ausstieg“ gesichert. Und zugleich war innenpolitisch mit dem Anti-AKW-Protest weitgehend aufgeräumt worden, womit Trittin und Gabriel heute noch als ihrem wichtigem Beitrag zum inneren Frieden in Deutschland angeben.

Die schwarz-gelbe Laufzeitverlängerung

Die neue Regierung unter Schwarz-Gelb hat diesen Beschluss von 2002 jetzt in dem einen wichtigen Punkt revidiert: sie gesteht den Energiekonzernen längere Laufzeiten zu. Dass die Meiler inzwischen erhebliche Jahre auf dem Buckel haben und die von ihnen ausgehenden Risiken damit nicht gerade geringer geworden sind – egal! Dass die völlig ungeklärte Frage des Atommülls damit weiter vergrößert wird – egal! Für die Koalition in Berlin zählen andere Überlegungen. Denn seit 2002 haben sich die Entscheidungsgrundlagen der deutschen Energiepolitik erneut verändert und zwar so, dass eine Verlängerung der von Rot-Grün vorgesehenen AKW-Laufzeiten mehr Nutzen verspricht

als die Einhaltung der alten Fristen:

- Andere Staaten haben die deutsche Relativierung der Atomkraft so nicht mitgemacht, damit die deutsche Konkurrenzposition geschwächt: Zwar haben in dieser Zeit durchaus einige wichtige Regierungen auch ohne ausdrücklichen Ausstiegsbeschluss zunächst auf einen Ausbau ihrer AKWs verzichtet. Aber inzwischen setzen weltweit die meisten wichtigen Staaten wieder auf die Vorteile von Atomanlagen, fassen z. T. auch Neubauten ins Auge.
- Es gibt bei den führenden Nationen, unabhängig von der Frage der Atomkraftnutzung, eine - sich gegenüber dem Jahr 2000 deutlich beschleunigende - Abkehr von traditionell wichtigen fossilen Energieträgern, weil diese ihren bisherigen Nutzen verlieren. Für diesen Trend gibt es sich überlagernde Gründe: Erstens steigende Schwierigkeiten, die Lieferantenländer politisch und ökonomisch sicher unter Kontrolle zu haben (dazu tragen die USA mit ihren Kriegen nicht wenig bei; Deutschland hat zudem in Sachen Freundschaft mit Putin einige ernüchternde Erfahrungen gemacht). Zweitens die weltweit steigende Nachfrage nach Energie (China, Indien u. a.), die die Nutzung fossiler Energieträger (Erdöl, Erdgas, Braun-/Steinkohle) gegenüber 2002 signifikant verteuert hat, absehbar weiter verteuern wird und die tendenzielle Erschöpfung der Vorkommen schneller näher rücken lässt. Die aus all dem resultierende Verteuerung des mittels herkömmlicher Kraftwerke produzierten Stroms führt - kombiniert mit der Tatsache, dass die Entwicklung alternativer

an Gefährlichkeit zum sog. „Restrisiko“ herunter, mit dem man leben müsse und könne (einen GAU, der erhebliche Bestandteile von Land und Volk verwüsten würde, hielt man schlicht und einfach für „unwahrscheinlich“). Mit knapp 50 Milliarden Euro Anschubfinanzierung (plus ein paar kostenlosen Atomkraftwerken), einer ideologischen Daueroffensive und einem - passend zur Bedeutung des staatlichen Anliegens - knallharten Gewalteinsetzes gegen Proteste wurden die 25 westdeutschen AKWs gebaut, von Biblis bis Würgassen.

Der rot-grüne Ausstiegsbeschluss

Dreißig Jahre nach dem Einstieg, um die Jahrtausendwende, sahen die Kalkulationen der deutschen Energiepolitik etwas anders aus. Angesichts einer neuen Bedarfslage in Sachen Strommix hängte die neue Regierung aus SPD und Grünen den staatlichen Gesichtspunkt eines Schutzes von Land und Leuten gegen zu große Risiken (Verstrahlung ganzer Landstriche) ein Stück höher als ihre Vorgänger und verkündete den „Einstieg in den Ausstieg aus der Atomtechnologie“. Dieser Beschluss hatte und hat durchaus seine Tragweite. Aber er bedeutete niemals, wie es heute von interessierter Seite kolportiert wird, dass Rot-Grün den „Schutz der Bevölkerung“ vor andere staatliche Gesichtspunkte der Energiepolitik gestellt hätte. Dass eine solche staatliche Abwägung über die wichtigsten politisch-ökonomischen Ressourcen der Bundesrepublik etwas anderes ist, als das schlichte individuelle Anliegen, keinen Schaden zu erleiden, liegt auf der Hand. Schließlich haben sie 2002 kein

„Aus“ für die Atomkraftwerke verkündet. Sofortige Stilllegung – das wäre ja wohl die logische Schlussfolgerung gewesen, wenn es darum gegangen wäre (entsprechend hat die grüne Partei einigen Widerstand in ihren Reihen niederkämpfen müssen, um ihre Sorte Ausstieg als tolle Perspektive verkaufen zu können).

Was sich geändert hatte, so dass Rot-Grün den langfristigen Ausstieg aus nationaler Perspektive für vertretbar befinden konnte, war eine Reihe wichtiger Eckdaten der energiepolitischen Entscheidungssituation: Der Zerfall des Ostblocks bescherte Deutschland neue Zugriffsmöglichkeiten auf Energieressourcen (polnische Kohle, russisches Gas und Öl). Die Macht der OPEC war nicht zuletzt durch die weltweit gebauten AKWs gebrochen. Das insgesamt deutlich geschrumpfte Reaktorgeschäft sollte in europäischer Zusammenarbeit effizienter gestaltet werden. Mit den regenerativen Energien (Vorteil: nachhaltige Energieerzeugung im eigenen Land ohne die Risiken von Atomkraft und ohne die CO₂-Emissionen der fossilen Energieträger) schien in einem absehbaren Zeitrahmen die Einführung einer neuen Weltmarkttechnologie möglich, bei der Deutschland unbedingt an erster Stelle dabei sein wollte. Warum sollte die deutsche Regierung angesichts dieser Lage weiter auf eine Technik setzen, die nach wie vor ein hohes Risikopotenzial besitzt und außerdem im eigenen Land nur gegen anhaltenden Widerstand durchzusetzen ist, wodurch ständig steigende Kosten für Planung (Gerichtsverfahren mit ungewissem Ausgang) und Durchführung (Polizeieinsätze) entstehen?

„... ich will es bis heute nicht glauben!“

Sabine Czernys Buch

*"Was wir unseren Kindern in der Schule antun: ... und wie wir das ändern können"**

rezensiert von Freerk Huiskens

1.

Leser erwarten von einer Buchbesprechung einen Hinweis vom Rezensenten, ob sie das Buch lesen sollen oder der Liste der Bücher hinzufügen dürfen, deren Lektüre sie sich ersparen können. So ein Hinweis sollte begründet sein. Dennoch kann sich der Leser nicht sicher sein, ob er sich mit dem Rezensenten in den Maßstäben einig ist, die seiner Beurteilung zugrunde liegen. Gelegentlich reizt ein Verriss eher zum Buchkauf als die positive, nicht selten der Gefälligkeit verdächtige Besprechung. Wer kennt das nicht. Dem lässt sich dadurch ein wenig abhelfen, dass die Buchbesprechung zugleich die Kriterien deutlich macht, von der sie sich leiten lässt. Diesen Versuch will ich unternehmen, indem ich das Buch von S.Czerny nicht nur vorstelle, sondern mich mit ihm auseinandersetze. Eine solche Auseinandersetzung mit diesem 'Schulbuch' ist - um das gleich vorweg zu nehmen - lohnend.

Ich will und kann das Buch empfehlen und zugleich meine Einwände formulieren. Empfehlen kann ich seine Lektüre nicht nur denjenigen, die die Neugier treibt, wie denn Frau Czerny, jene Lehrerin aus Bayern, die bundesweit in die Schlagzeilen geriet, weil sie wegen zu guten Unterrichts strafversetzt wurde, ihren „Fall“

aufgearbeitet hat. Ihr umfangreiches Buch kann vor allem für diejenigen von Interesse sein, die sich einen ausführlichen Blick auf das erlauben wollen, „was wir unseren Kindern in der Schule antun“. Und genau das steht im Zentrum des Buches:

Vorgelegt wird keine umfangreiche neue Theorie der Schule, sondern ein durchgängig reflektierter Erfahrungsbericht einer Lehrerin, die sich mit den Vorgaben und Regeln, Organisationsprinzipien und Befehlshierarchien der Staatsschule engagiert auseinandersetzt und sie allein an dem Kriterium misst, ob sie dem Lernen der Kinder in der Primarstufe förderlich sind oder nicht. Ihre Erfahrungen - und das bestätigen mir meine Erfahrungen ebenso wie die zahlreichen Zusendungen, von deren Frau Czerny spricht - lassen sich weder mit „typisch bayrisch“ abtun noch stehen sie für den Sonderfall Primarstufe. Sie sind typisch für ein Schulwesen, welches das Lernen unter das Diktat der Notenvergabe beugt, Kindern damit früh die Lust am Lernen austreibt, Stress und Tränen dort hervorruft, wo Interesse am Begreifen der Welt geweckt werden könnte; welches nicht nur jene Familien, die sich vornehmen, dass es ihren Kindern später einmal besser gehen soll, in heftigste Konflikte und nicht selten gar auseinander treibt, weil sie dem rigiden schulischen

Selektionsregime hilflos gegenüber stehen und weder Fähigkeiten noch Mittel besitzen, um ihrem Kind zu jenem schulischen Erfolg zu verhelfen, den sie sich für es wünschen.

Dringend sei die Lektüre aber auch all jenen Lehrerinnen und Lehrern empfohlen, deren idealistische Hoffnungen sich in Resignation verwandelt, die sich Gleichgültigkeit als privaten Schutzpanzer zugelegt haben oder es gar Kindern und Eltern anlasten, dass ihre Vorstellungen von „guter Schule“ nicht aufgehen. Bei ihnen mag diese ausführliche und in keinem Punkt überzeichnete Darstellung all dessen, was sie kennen, weil sie es tun, dazu beitragen, dass - wenigstens - ihr harthirniger Stoizismus angekratzt wird. Das wäre nicht viel, aber vielleicht der Anfang für eine erneute und gründlichere Reflektion der Schule, in dessen Alltag sie zu ihrem und vor allem zu der Kinder Schaden versumpfen. Eine Änderung der Schulpraxis ist ohnehin nicht von der Lektüre zu erwarten. Ein Buch ist eben ein Buch und nicht zu verwechseln mit der Bereitstellung der politischen Mittel, mit denen sich die Schule umkrepeln ließe. Aber dazu weiter unten mehr.

2.

In sieben Kapiteln nebst einem Epilog stellt S. Czerny die Schule mit Schwerpunkt Primarstufe vor. Sie möchte damit Einblick in ein System geben, das „in hohem und unverantwortlichem Maße Kinder zu Versagern und Verlierern macht“ (S.7) und in dem „alle Opfer [sind]: Eltern, Lehrer und Schüler“ (S.7). Kontrastierend dazu gibt sie als Resümee ihrer

Anstrengungen und unter Rückgriff auf die Biografie ihrer eigenen Entwicklung der Überzeugung Ausdruck, „dass alle Kinder gut lernen können, und dass es keine dummen Kinder gibt. Aber wir [Lehrer] produzieren Versager oder besser: Das System lässt uns Versager produzieren“ (S.171).

Als Grundübel der Schule hält sie zutreffend fest, dass die Schule „eine Prüfschule mit dem Ziel der Selektion“ ist (S.58). Ausführlich würdigt sie die Auswirkungen, die diese Sorte Unterricht auf Kinder und deren Familien hat: Kinder werden krank gemacht, Lehrer und Schüler halten den Stress nur mit Hilfe von Psychopharmaka aus, schlechte Noten zerstören den „Familienfrieden“ und führen zu den bekannten (Selbst-)Stigmatisierungen: „unbegabt“, „dumm“, „Versager“ usw., mit denen als Eigenschaft von Schülern festgehalten wird, was die Schule an ihnen hergestellt hat. Gerade in dem Kapitel, in welchem die Autorin den bekannten Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg thematisiert, wird deutlich, was schulische Gleichbehandlung anrichtet: Mitgebrachte Defizite der Kinder aus „benachteiligten Familien“ verfestigen sich im Vergleich; und dass Kinder aus diesen Familien manchmal mehr lernen als Kinder aus „privilegierten Familien“ fällt bei der gängigen Leistungsmessung nicht auf (S.100ff). Den Absurditäten des Schulalltags widmet sie ebenso ein eigenes Kapitel - „der Irrsinn hat Methode“ (S.111) - wie den dadurch an Lehrern hergestellten geistigen Deformationen: „Lehreralltag: Unterwürfigkeit als Notwendigkeit“ (S.126).

eine sichere und möglichst billige Versorgung mit Strom im jeweils benötigten Umfang verfügt – das ist dem staatlichen Standortverwalter so wichtig, dass er diese Grundsicherung keinesfalls dem freien Schalten und Walten des Marktes überlässt und zuschaut, was die Gewinnkalkulation einzelner Kapitale in dieser Frage zustande bringt.

Gleichzeitig wollen kapitalistische Staaten möglichst wenig vom Ausland abhängen: Eventuell steigende Preise, die der heimischen Gewinnproduktion zu schaffen machen, oder politische Erpressungsmöglichkeiten sollen nicht sein. Einheimische Kapitale sollen deshalb möglichst auf allen Stufen der Herstellung und des Vertriebs von Strom und der entsprechenden Technologie mitmischen und sich dabei auch entsprechend bereichern können, so dass die Energieerzeugung selbst ein relevanter Bestandteil der nationalen Akkumulation wird.

Staaten treten für diese Grundversorgung ihrer marktwirtschaftlichen Ökonomie also in Vorleistung und begleiten, befördern und kontrollieren das Geschäft mit Strom, an dem Kapitale aus allen möglichen Branchen dann ihren Anteil haben. Was die besondere Art der Stromerzeugung angeht, sind sie (wie ihre Unternehmen) durchaus vorurteilslos: Jeder Energieträger ist recht – Kohle, Öl, Gas, Kernenergie ebenso wie Wind- oder Solarkraft –, wenn nur die Balance von Vor- und Nachteilen einigermaßen stimmt bzw. durch entsprechende Vorkehrungen stimmig zu machen geht. Auch hier gilt: Strom ist, was aus der Steckdose kommt – egal, auf welchen Wegen es da hineingelangt!

Die besondere Rolle der Atomkraft

Für den Strommix in der aufstrebenden Bundesrepublik, also die kombinierte Nutzung verschiedener Energieträger für die Stromgewinnung, hatte der Aufbau einer Atomwirtschaft einen besonderen Stellenwert. Erstens sollten die AKWs die deutsche Abhängigkeit von bestimmten Lieferländern („Ölpreisschock“ 1972) durch Diversifikation verringern (andere „Partner“ beim Uranimport). Zweitens sollten sie die sichere Belieferung der Nation mit billigem Strom auch dadurch befördern, dass man mit ihnen eine ganze neue Sparte der Energieproduktion auf deutschem Boden, also unter eigener Kontrolle und als Teil des nationalen Geschäftslebens etabliert hat. Drittens sollten so neue Exportmöglichkeiten in strategisch wichtigen Feldern eröffnet werden (Siemens rüstet bis heute, soweit dies politisch genehmigt wird, alle Welt mit atomtechnologischem Know-How aus). Und viertens sicherte sich Deutschland so lange Zeit auch die Option einer militärischen Nutzung der Atomenergie.

Alles in allem waren das vom Standpunkt des deutschen Staates und seiner ökonomischen und außerökonomischen Ambitionen unschlagbare Vorteile. Sämtliche Einwände wegen der prinzipiellen Unsicherheit dieser besonderen Technologie inkl. einer völlig ungeklärten Endlagerung, die ja bekannt waren, wurden demgegenüber hintangestellt; man verfügte die Sicherungsmaßnahmen, die technisch möglich bzw. finanzierbar erschienen, und definierte den verbleibenden Rest

Laufzeitverlängerung für AKWs?

Der Ausstieg aus dem "Einstieg in den Ausstieg aus der Atomtechnologie"

Rot-grün-schwarz-gelbe Energiepolitik

Die schwarz-gelbe Regierung in Berlin hat den Ausstiegsbeschluss von 2002 korrigiert und längere Laufzeiten für AKWs beschlossen. Kommentiert wurde das als „Kniefall vor den Stromkonzernen“, als weiterer Beweis dafür, dass diese Regierung das Wohl und die Sicherheit ihrer Bürger verschachert – entweder weil sie unmittelbar von den Energieriesen geschmiert wurde oder weil sie von deren zusätzlichen Einnahmen mitprofitieren will.

Diese Kritik lebt von einer merkwürdigen Betrachtungsweise. Den kapitalistischen Konzernen traut man nach dem Motto `Je größer, desto fieser!´ ohne weiteres jede Schweinerei zu – Rücksichtslosigkeit im Umgang mit Umwelt und Gesundheit der Leute genauso wie Skrupellosigkeit bei der lobbyistischen Einflussnahme auf Politiker. Den demokratischen Staat stellt man sich dagegen als eine Instanz vor, die zumindest eigentlich die Aufgabe habe, „uns alle“ vor Risiken und Gefährdungen zu bewahren und das Allgemeinwohl über das der wirtschaftlich Mächtigen zu stellen.

Im Folgenden geht es darum, warum diese Vorstellung daneben liegt: Ohne den an-

geblich über den Tisch gezogenen Staat, ohne seine Gesetze zur Energiesicherheit bis hin zur Regelung der Strompreise, ohne seinen Haushalt und die daraus fließenden Mittel gäbe es nämlich die heute so „mächtigen“ deutschen Energiekonzerne und ihre Machenschaften gar nicht. Es lohnt ein kurzer Überblick über die deutsche Energiepolitik und ihre Einstiegs-, Ausstiegs- und Ausstiegsvertagungsbeschlüsse in Sachen Atomstrom. Die Kontinuität in all diesen Übergängen der Energiepolitik, auch unabhängig vom Wechsel der die Regierung stellenden Parteien, wird dann schon deutlich werden.

Was ist Energiepolitik?

Kapitalistische Staaten betreiben eine Energiepolitik. Das heißt: Alles, was mit Energiequellen fürs Wirtschaftswachstum zusammenhängt, wird von vornherein nicht einfach Geschäftsleuten und deren Erwerbssinn überlassen, sondern ist politische Chefsache. Das gilt auch für den Teilbereich Stromversorgung, den wir hier behandeln. Elektrischer Strom ist ein Gut, von dem branchenübergreifend jede wirtschaftliche Aktivität der Unternehmen, aber auch das Dasein aller öffentlichen wie privaten Haushalte abhängig ist. Dass die eigene Nation über

Natürlich geht sie auch ausführlich auf ihren „Fall“ ein. Unter der Überschrift: „Auch bei Ihnen muss es Vierer, Fünfer und Sechser geben, Frau Czerny!“ (S.258) berichtet sie sachlich und unaufdringlich von ihren erfolgreichen Bemühungen, den Primarschülern die Grundlagen - Lesen, Schreiben, Rechnen etc. - beizubringen, sodass schließlich einundneunzig Prozent ihrer Schüler zur Realschule und zum Gymnasium übertreten konnten. Sie musste jedoch zur Kenntnis nehmen, dass ihr diese Leistung als Verfehlung ihres Lehrerauftrags vorgehalten wurde: „Ich hatte davon gehört, dass es politisch gar nicht erwünscht ist, dass alle Kinder gut lernen, konnte es aber nie glauben und will es bis heute nicht glauben“ (S.261). Sie wurde nun strafversetzt und ist nun an anderem Ort weiterhin als Lehrerin tätig. Als Konsequenz aus dieser Erfahrung befasste sie sich ausführlich mit dem System der Notenvergabe und fand heraus, dass es seine Ratio darin hat, dass ein Teil der Kinder von vornherein von Bildung ausgeschlossen werden sollen (S.279). Als „grotesk“ empfindet sie es, dass Lernen zu einer „reinen Frage der Zeit - einer Frage von recht wenig Zeit“ (S.273) wird. Ihr Resümee, dem ich zustimmen möchte, lautet: „**Guter Unterricht und vielfaches Üben, sodass jedes Kind die Inhalte verstanden hat, wird aufgrund dieser Vorgaben zu einem Fehlverhalten**“ (S.272, Hvhbg.i.O.).

Breiten Raum nehmen bei ihr die „Gedanken zu gutem Unterricht“ (S.212) ein. Auch das ausführliche Kapitel „Was wir ändern müssen und können“ (S.315) legt Zeugnis davon ab, dass sie aus ihren Er-

fahrungen mit Schulalltag und Schulbürokratie, mit Kollegen und Eltern, mit Notendruck und Sortierungszwang vor allem den einen Schluss gezogen hat: Nur „eine völlig neue Art Schule ... gestattet ein lebenslanges freudvolles Lernen und gibt unseren Kindern wieder ihre Kindheit zurück, die Zeit für Hobbys und persönliche Interessen – und den Familien-Frieden“ (S.361).

In diesen Abschnitten des Buches trägt sie zusammen, welche Idealvorstellung von Unterricht sie leitet. Unter der Überschrift: „Wenn ich mir etwas wünschen dürfte ...“ (S.255) formuliert sie als ihre Sehnsucht positiv, was die Schule ihr versagt und was wohl jeder Lehrer unterschreiben würde - um es dann mit dem Totschläger des fehlenden Realismus zurückweisen: „mehr Zeit ... mehr inhaltlichen Freiraum ... mehr Platz und eine bessere Ausstattung ... schön wäre auch Zusammenarbeit mit Kollegen ... mehr Zeit für Gespräche ... für Unterrichtsvorbereitung ... für eigene Fort- und Weiterbildung...“ (S.255ff). Und in den Reflektionen über „notwendige Änderungen“ (S.315) des Schulsystems ergänzt sie diesen Katalog um ihre zentrale Forderung nach Abschaffung der Notengebung. Leistungsbeurteilung soll den Schülern nur noch zeigen, „welche konkreten Kompetenzen sie bereits erworben ... und wo sie noch Defizite haben“ (S.345).

3.

Es besteht kein Zweifel: Frau Czerny plädiert für eine Schule ohne Noten, ohne Selektion und mit soviel Zeit zum Lernen, wie die Kinder jeweils brauchen. Es besteht auch kein Zweifel daran, dass sie es

in der von ihr kritisierten Anstalt mit enormer Anstrengung und Zuwendung zu den Kindern geschafft hat, den meisten der ihr anvertrauten Schüler den Pflichtlehrstoff so gediegen zu vermitteln, dass diese mit guten Noten die Primarstufe verlassen konnten. Aber auch daran kann es keinen Zweifel geben: Dieses Resultat gilt in der Staatsschule als ein Zeichen für „Fehlverhalten“, gar für ein so grobes Missverständnis des Lehrerberufs, dass man ihr mit einer Variante von Berufsverbot kam, nämlich dem „Angebot“, doch freiwillig aus dem Schuldienst auszuschneiden. Für den galt sie als nicht mehr tragbar.

Der Frage, die sich dabei aufdrängt, lautet: Wie ist es denn zu erklären, dass jene „völlig neue Art Schule“, wie sie der Autorin vorschwebt, ganz offensichtlich unverträglich ist mit den Absichten der bildungspolitischen Veranstanter der realexistierenden Schule. Was treibt diese, dass sie ein erfreuliches Unterrichtsergebnis als schlechtes und unerwünschtes Exempel abstrafen?

Ganz anders jedoch S.Czerny: Der Frage nach den politischen Gründen ihrer Strafversetzung und nach der Funktionsbestimmung des Lehrerberufs verschließt sie sich. Statt dessen legt sie in ihren Kapiteln über „gute Schule“ eine Botschaft nahe, in der ihr eigener Fall auf dem Kopf steht: 'Seht her, mit viel gutem Willen und Zeitaufwand geht es doch!' Als sei die Schule eine private pädagogische Hobbywerkstatt und nicht das staatliche Instrument zur Herstellung von passendem

Nachwuchs für diese Gesellschaft, auf das jedermann verpflichtet wird, möchte sie allen mit Schule Befassten Mut machen, ihrem Beispiel zu folgen - das hoheitliche Strafverfahren, an dem sie gelitten hat (S.258ff), denkt sie dabei weg. Es ist schon merkwürdig: Da formuliert eine Autorin einerseits eine erfahrungsgestützte Kritik am schulischen Unterricht - die Lerninhalte sind bei ihr nur nebenbei Thema -, die selten in dieser Schärfe vorgelegt worden ist und blendet doch andererseits eine explizite Befassung mit der Frage aus, warum es dieses System seit ca. sechzig Jahren gibt und warum keine der zahlreichen Reformen keiner der politischen Parteien je etwas Prinzipielles daran geändert hat, dass per Notendiktat die Mehrheit des Nachwuchses von jener weiterführenden Bildung ausgeschlossen wird, die immerhin in dieser - nennen wir sie beim Namen: - kapitalistischen Gesellschaft die Voraussetzung dafür darstellt, sich einigermaßen erträgliche Lebensumstände zu erarbeiten. Sie greift völlig zu recht die Schule als System an, hält keineswegs nur einzelne Bildungspolitiker oder Schulleiter für Versager, und lässt doch den Leser überraschenderweise nicht nur mit der sich dann zwingend anschließenden Frage nach den gesellschaftlichen Zielen, Anliegen, Interessen dieses Schulsystems allein, sondern attestiert ihm seine prinzipielle Wandelbarkeit hin zu Zwecken, an deren Realisierung offenkundig Bildungspolitik nicht im Mindesten interessiert ist.

Natürlich gibt es nichts dagegen einzuwenden, sich auf einen Erfahrungsbericht aus der Schule zu beschränken,

werden, dann spiegelt das eben die Begebungsverteilung im nationalen Nachwuchs wieder. So wird als pädagogischer Vollzug der Kindsnatur vorgestellt, was der politische Verteilungszweck der schulischen Selektion ist.

4.

Ihre Vorstellungen von guter Schule münden am Schluss ihres Buches in einen Sofortmaßnahmenkatalog, den man wohl als ersten Schritt hin zu ihrer neuen Schule bzw. als eine Art Übergangslösung verstehen soll. Apodiktisch formuliert sie: „Was sich sofort ändern muss: Unbedingt ... muss zwingend und sofort die derzeitige Leistungsmessung anders gestaltet werden. Die Kinder müssen größere Zeiträume bis zu den Leistungsnachweisen erhalten: Es würden schon mehr Kinder erfolgreich abschneiden, wenn man sie nicht im Vierwochenrhythmus prüfen würde ... (das wäre) besser gerade für Kinder aus nichtprivilegierten Familien oder mit Migrationshintergrund ... Zudem ist es unabdingbar, die unsägliche Relativität und Intransparenz der Notengebung abzuschaffen. Es muss klare Vorgaben geben, ...“ (S.356). Was würde all das bedeuten, nähme man sie beim Wort?

Wenn die „derzeitige (!) Leistungsbeurteilung“ nur darin verändert werden soll, dass Kindern mehr Zeit zum Lernen eingeräumt wird, dann bleiben der Leistungsvergleich und sein Anliegen, die Verteilung der Schüler auf die Notenskala zwischen eins und fünf, unangetastet. Es könnte sein, dass Kinder dann mehr lernen, aber dass „mehr Kinder erfolgreich abschneiden wür-

den“, trifft nun einmal in einer Schule nicht zu, die den Erfolg allein in Noten bemisst.

Wenn sie dadurch das Lernen besonders für Kinder aus „nichtprivilegierten Familien oder mit Migrationshintergrund“ erleichtern will, dann könnte man sich vorstellen, dass von denen mehr das Abitur machen - dafür aber andere, vielleicht sogar Kinder aus „privilegierten Familien“ den Gang zur Realschule anzutreten haben.

Und wenn sie „die unsägliche Relativität und Intransparenz der Noten“ abschaffen möchte, dann kann das nur heißen, dass zwar einige Umstände bei der Notengebung geändert werden, das daran geknüpfte selektive Berechtigungswesen aber beibehalten wird.

Mit einer Übergangslösung oder gar einem ersten Schritt in Richtung auf die von S. Czerny propagierte Schule ohne Noten und Selektion, hätten Maßnahmen nichts zu tun, die nur bestätigen und im Kern befestigen, was gemäß des Wunsches der Autorin eigentlich abgeschafft werden soll.

Muss es denn sein, dass man sich dem ärgerlichen Imperativ der konstruktiven Kritik soweit beugt, dass dabei die eigene Kritik an der Schule am Ende bis zur Unkenntlichkeit relativiert wird?

nicht durchgesetzt hat, sondern sogar politisch verurteilt worden ist? Es lag dessen Nutzen für die Gesellschaft wohl für diejenigen, die in der Schule das Sagen haben, nicht auf der Hand.

Aber abgesehen davon: Menschenbilder sind ohnehin nie politische Entscheidungsgründe, sondern mit ihnen werden Entscheidungen über Standortvorteile, Wachstum, Staatenkonkurrenz, Kriegsbeteiligungen, Eliteuniversitäten, Transferzahlungen usw. nur mit dem nötigen philosophischen Tiefgang versehen, und

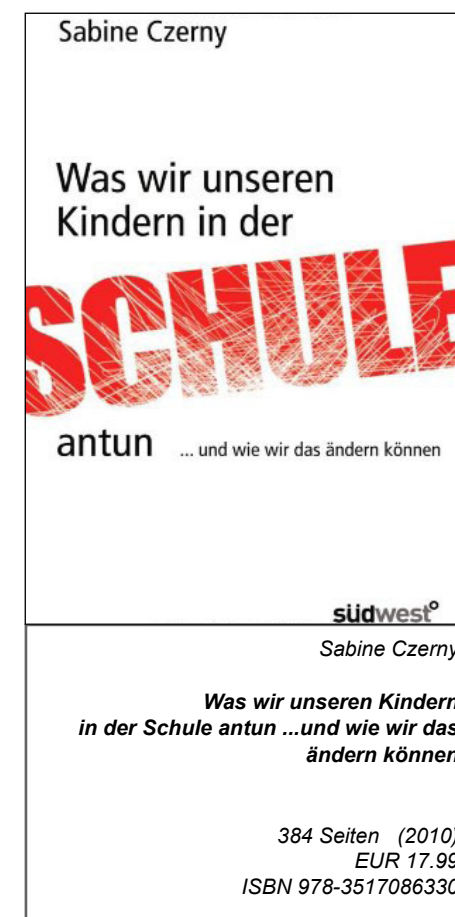
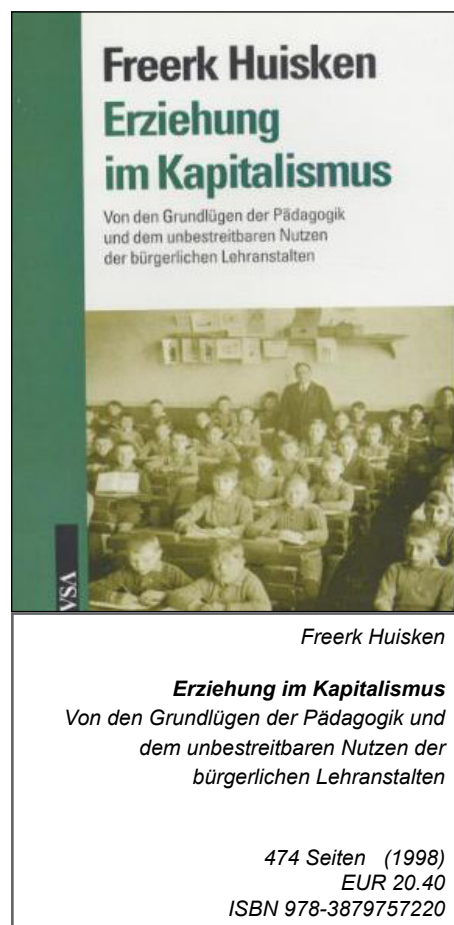
letztlich mit dem Verweis auf das, was „der Mensch“ eigentlich sei - der merkwürdigerweise hier immer nur als Lehrer und Schüler, Arbeitgeber und Arbeiter, Steuerzahler und Politiker... herumläuft -, als unwidersprechlich vorgestellt.

Die Sache mit der „veralteten Begabungstheorie“ verhält sich offenkundig ähnlich. Auch hier hat m.E. Frau Czerny das Verhältnis von Theorie und politischem Interesse auf den Kopf gestellt: Es gibt eine Fülle von Begabungstheorien in der Wissenschaft. Sie reichen - das kennt man - von den nativistischen Varianten bis zu den „modernen“, welche erklären, Begabung käme von Begaben. Welche dieser in der Wissenschaft koexistierenden Theorien jeweils politisch nützlich ist, das kommt eben auf die Umstände an. Bis zum Anfang der 60er Jahre galten z.B. klassische Begabungstheorien, denen zufolge aus der Unterschicht nicht mehr zu machen ist - Sarrazin lässt grüßen. Dann brach die erste Bildungskatastrophe über die Republik herein, eine Verdoppelung der Abiturientenzahlen wurde für dringend geboten gehalten, um in der innereuropäischen Konkurrenz nicht ins Hintertreffen zu geraten. Und schon favorisierten die Bildungspolitiker plötzlich sozialisationstheoretisch angehauchte Begabungstheorien: Dass Begaben war schwer angesagt! Die biologistischen Theorien haben dennoch bis heute überhaupt nicht ausgedient. Sie kommen als Legitimationen der hergestellten Verteilung wieder ins Spiel: Wenn 60-70% aller Schüler auf der Haupt- oder Realschule verbleiben und nur 30-40% zur gymnasialen Ausbildung zugelassen

doch führt der in ihrem Fall bei der Autorin selbst zu der Einsicht, „dass es politisch (!) gar nicht erwünscht ist, dass alle Kinder gut lernen“. Genau gegen ihr eigenes Urteil sperrt sich S. Czerny. Sie will nicht glauben, was sie doch weiß: Das „konnte (ich) aber nie glauben und will (!) es bis heute nicht glauben“.

Einerseits wenigstens. Andererseits finden sich in dem Buch immer wieder Passagen, die das ganze Schulwesen, deren inkriminierte Prinzipien - wie S. Czerny weiß - durch die Nach-Pisa-Reform von der Bildungspolitik aller Länder sogar noch einmal verschärft worden sind, zu einem völligen Anachronismus erklärt, der „der Gesellschaft insgesamt schade“ (S.43). Sie entdeckt nur Opfer dieser Bildungseinrichtung: Eltern, Kinder und selbst die Lehrer (S.7), die doch immerhin die „Schul-Täter“ sind und an den Umständen dieser ihrer Berufstätigkeit burnouten. Nirgendwo findet sich ein Nutznießer dieses Schulsystems. Und nirgendwo findet sich explizit eine Erklärung dafür, wie denn gestandene Bildungspolitiker es jahrzehntelang mit ansehen können, dass die unter ihrer Verantwortung tätige Schule jener Gesellschaft, deren Bildungsbelange sie doch zu organisieren haben, - laut S. Czerny - nur schadet. Allerdings finden sich bei ihr schon hier und da implizite Hinweise auf einen funktionalen Zusammenhang von Schule und Gesellschaft, den sie offenbar teilt: So ist die Rede davon, dass der Sortierungsauftrag dafür zu sorgen hat, dass die weiterführenden Schulen entspre-

chend „bedient“ werden müssen (S. 303), dass sich Schüler später „neben zahlreichen Konkurrenten behaupten müssen“ (S.218), dass von einer informativeren Leistungsbeurteilung die Arbeitgeber bei der Auswahl „geeignetster Bewerber“ (S. 351) profitieren könnten und dass eine verbesserte Schule „uns“ (!) eine „international anerkannte Elite“ (S.342) bescheren könnte. An diesen verstreuten Bemerkungen ist für mich bemerkenswert, dass in ihnen das die Marktwirtschaft beherrschende Prinzip der Konkurrenz, das die



Menschen nicht nur in der Schule, sondern besonders erst danach lebenslang auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben zu existenziellen Kämpfen nötig, als selbstverständliche Form der Gesellschaft vielleicht nicht gebilligt, so doch aber in seiner funktionalen Bedeutung von Frau Czerny abgehakt ist. Dabei kritisiert sie mit der Notengebung exakt jenes Sortierverfahren in der Schule, das sie außerhalb der Schule zum Bewährungsfeld des Nachwuchses erklärt und dem sie dort, wo es von Arbeitgebern organisiert wird, mit transparenterer Leistungsbeurteilung sogar einen Dienst erweisen will. Es ist ihr natürlich nicht unbekannt, was in Familien angerichtet wird, wenn dieses alles beherrschende kapitalistische Verteilungsprinzip schulisch greift. Dies trifft besonders die von S. Czerny angeführten „benachteiligten Familien“, deren Kindern dann später in der Arbeitswelt das Schicksal blüht, welches ihre Eltern ihnen ersparen wollten.

Liegt da nicht der Schluss auf der Hand, dass es in dieser Gesellschaft auf die Reproduktion des Verhältnisses von „benachteiligten“ und „privilegierten Familien“ ankommt, dass diese per Gleichbehandlung aller Kinder im schulischen Leistungsvergleich vorbereitet wird?

Dass es sich also gerade dem Prinzip der demokratischen Chancengleichheit verdankt ist, dass immer wieder vor allem jene Schüler im groß angelegten Schultest das Nachsehen haben, die aus den - gleichfalls schulisch hergestellten - „bildungsfernen Schichten“ stam-

men? Dass mithin Lehrer in Erfüllung ihres Sortierungsauftrags einen Beitrag leisten, um den Nachwuchs vorzusortieren für eine Hierarchie der Berufe, an deren Spitze die Elite Dienst tut, und an deren Basis die Massen sich lebenslang und konkurrierend in ihrer Einkommensabhängigkeit einzurichten haben - mit und ohne Arbeit?

Und dass es dann die Aufgabe jener „international anerkannten Elite“ ist - Lehrer eingeschlossen -, dafür zu sorgen, dass sich durch den Dauereinsatz der „Benachteiligten“ die Erfolge bei „Privilegierten“ einstellen, die sich für die Nation dann in steigenden Wachstumskennziffern, Weltmarktsiegen und hegemonialen Erfolgen in der Staatenkonkurrenz bilanzieren?

Ist das nicht der Nutzen, den diese Gesellschaft von der Schule erwartet, für den sie eine Schulreform nach der anderen betreibt und für den sie den Nachwuchs in einer Weise instrumentalisiert, dass eine bayrische Lehrerin das kaum noch erträgt und ihrem begründeten Zorn mit der Frage Luft macht: „Was tun wir (?) unseren Kindern in der Schule an?“

Es hat jedoch den Anschein, dass sich Frau Czerny das Schulsystem nur als Anachronismus erklären kann. Dass hierzulande ein Schulsystem funktional ist, das all das den Kindern antut, was sie in ihrem Buch zusammengetragen hat, mag sie nicht denken. 'Das kann doch niemand wollen!', lautet das fast schon tragisch zu

nennende Credo, das man dem ganzen Tenor ihrer Schrift entnehmen kann. In der Tat, das will wirklich niemand! Keiner der gestandenen Bildungspolitiker von CSU bis SPD will den Kindern „Böses“. Im Gegenteil, sie treten alle in der Überzeugung an, mit dem Schulwesen der Schülerschar nur „Gutes“ zu offerieren. Nur verstehen sie eben unter den guten Taten ein System, welches jedem der Heranwachsenden die Chance eröffnet, es mit eigener Anstrengung zu etwas zu bringen.

Jeder sei doch auf diese Weise seines Glückes Schmied, verkünden sie und organisieren eine Schulkonkurrenz, die es in sich hat: Ist doch mit der von vornherein festgelegt, dass das Interesse aller Schüler, in der Schule gut abzuschneiden, nicht zugleich für alle aufgehen darf. Dass immer Sieger und Verlierer produziert werden sollen, auch wenn sich alle Schüler noch so sehr anstrengen, ist das Prinzip dieser Konkurrenz.

Und das bringt unter anderem jene Beschädigungen hervor, die dieses Buch zusammenträgt. *Bezweckt* sind die von der Bildungspolitik nicht, als pädagogische Kollateralschäden *in Kauf* genommen allemal. Davon legen solch ärgerliche Erziehungsziele, wie etwa die Erziehung zur Frustrationstoleranz, Zeugnis ab. Weswegen ich der insgeheimen Hoffnung der Autorin, mit ihrer Darstellung der hässlichen Schulwirklichkeit vielleicht sogar das Gewissen der Politik zu erreichen, mit Skepsis gegenüberstehe. Wer es zu einem Ziel von Schule erklärt, dass Kin-

der früh lernen müssen, Niederlagen auszuhalten und all das weg zustecken, was mit ihnen an Lerndefiziten, Stress, Angst, gesellschaftlicher Depravierung und lebenslanger „Bildungsferne“ verbunden ist, der lässt sich durch das, „was wir unseren Kindern in der Schule antun“, nicht wirklich beeindrucken, geschweige denn zur Abschaffung dieser Schule bewegen, auf die er doch so große Stücke hält.

Fast wie eine Entschuldigung der Bildungspolitik kommt es daher, was S. Czerny zur Frage nach dem Wieso und Weshalb dieser Schule explizit zu sagen hat: „... unser Schulsystem baut auf einem überholten (!) Menschenbild und einer veralteten (!) Begabungstheorie auf“ (S.315). Schule dient seit Jahrzehnten überholten und veralteten Vorstellungen? Wird da nicht an die Stelle einer Erklärung des Skandals dieser Staatsschule die Feststellung gesetzt, dass sie den eigenen Vorstellungen nicht entspricht? Und natürlich zöge diese Andeutung einer Erklärung nur die nächsten Fragen nach sich: Wie könnte es sein, dass eine Bildungseinrichtung, die ganz in der Hand des Staates bzw. seiner Bundesländer ist, so lange nach überholtem Menschenbild mit - so S. Czerny - Schaden für die Gesellschaft läuft, obwohl es doch eine Fülle anderer, höchst wertvoller, kinder- und familienfreundlicher Menschenbilder auch noch gibt? Ohne Reklame für Menschenbilder machen zu wollen, ließe sich über dies fragen, warum sich das Menschenbild von Frau Czerny, das sie mit überwältigender Zustimmung durch Eltern und Schüler praktiziert hat, nicht nur